

Meldungen

Zusammengestellt von Tanvir Pinno und Michael Böcher

Die *Jammat-e-Islami* mit neuem Gesicht

Während Anfang März die Gewaltausschreitungen zwischen Muslimen und Hindus in Indien mehr als 300 Opfer forderten, blieb es in Bangladesh verhältnismäßig ruhig. Es gab zwar einige gewalttätige Übergriffe auf Hindus in Bangladesh, jedoch keine flächendeckend organisierten Aktionen. Während die Regierung Gespräche mit religiösen Führern führte, schützte die Polizei hinduistische Tempel und Stadtviertel.

Das besonnene Verhalten der an der Regierung beteiligten *Jammat-e-Islami* ist bemerkenswert: Denn als es 1992 zu den Unruhen in Indien rund um die Babri Moschee kam, war es vor allem die *Jammat-e-Islami*, die landesweit Protestmärsche in Bangladesh organisierte, wobei es zu radikalen Gewaltausschreitungen kam.

Plattform gegen sexuellen Mißbrauch von Kindern gegründet

Ende März fand in Dhaka ein dreitägiger internationaler Workshop zum Thema Kindesmißbrauch statt. Organisiert wurde der von der Weltbank unterstützte Workshop von der Organisation „*Development Initiatives for Social Advancement*“ (DISA), an dem Aktivisten unter anderem aus Nepal, Indien und Sri Lanka teilnahmen.

Als Resultat des Workshops steht die Gründung einer internationalen Plattform gegen Kindesmißbrauch mit Namen „*South Asian Network against Sexual Abuse of Children*“ (SANSAC), um gemeinsam Aufklärung und Kampagnen gegen diese Form der Kriminalität zu organisieren.

In Bangladesh sind - neben den bekannten Phänomenen, daß es sich bei den Tätern oft um nahe Verwandte handelt - insbesondere minderjährige weibliche Haushaltshilfen von der Gefahr des sexuellen Mißbrauchs betroffen.

Ausbau der Gasindustrie geplant

Die Regierung hat einen Fünfjahresplan für den Ausbau des Erdgassektors beschlossen. Geplant ist unter anderem, neue Erdgasfelder zu erschließen und insgesamt 14 neue Pipelines zu bauen, von denen die längste über eine Strecke von 260 Kilometer führen soll.

Finanziert werden soll das knapp 2,1 Milliarden US-Dollar teure Projekt über lokale und ausländische Investitionen sowie mit Hilfe der *Asian Development Bank*.

Erdgas ist der wichtigste Rohstoff, über den das Land Bangladesh verfügt.

Nicht nur um die Frage, wie groß die Vorkommen in Bangladesh tatsächlich sind (Schätzungen schwanken je nach Auftraggeber und politischer Ambition), erhitzen sich seit Jahren die Gemüter. Auch die sensible Frage des Exports nach Indien ist ein Kernpunkt politischer Streitigkeiten um das Verhältnis gegenüber dem großen Nachbarland.

Die Neue Regierung und „Law and Order“

Die Bekämpfung von Kriminalität, Korruption und Terrorismus, die Schaffung von „Recht und Ordnung“ war ein Kernpunkt im Wahlkampf der jetzigen Regierungskoalition.

Seit Regierungsantritt traf sich das für dieses Ziel ins Leben gerufene Sub-Komitee bis Ende März 19 Mal, ohne nennenswerte Erfolge vorlegen zu können. Das vorgelegte 100 Tage Programm zur Bekämpfung der Kriminalität und des Terrorismus scheint gescheitert zu sein.

Weder konnte ein gut funktionierendes Koordinationssystem zwischen den einzelnen Polizeistellen geschaffen, noch eine gute Kommunikation zwischen Ministerium und Polizei erreicht werden, sodaß jetzt bereits über personelle Konsequenzen im Innenministerium beraten wird.

Die Regierungsstruktur mit der Zentralisation auf das Amt der Premierministerin, und der Schaffung neuerliche Seilschaften ähnelt dem noch vor einem halben Jahr stark kritisierten System der ehemaligen Regierung.

Das Anti-Korruptionsbüro deckte in den letzten Monaten zwar einige aufsehenserregende Fälle auf, in denen die ehemalige Regierung bis hin zu Sheikh Hasina verwickelt sind, aber erscheint – so der Vorwurf der Opposition – immer mehr zu einem politischen Instrument zu werden, statt Strukturen nachhaltig aufzudecken und zu beseitigen.

Ebenso wird deutlich, dass demokratische Äußerungen, wie Demonstrationen, von der neuen Regierung genauso kriminalisiert werden, wie von der alten Regierung. Ein Wechsel nur der Vorzeichen ist auch in Bezug auf das Verhältnis zum Generalstreik, „Hartal“, zu verzeichnen. Während die Awami League an der Macht war, unterließ sie es nicht, immer wieder auf die wirtschaftlichen Folgeschäden dieser Art des Protestes hin zu weisen und für neue Regelungen zu werben. Ihre Bemühungen scheiterten an der Opposition. Jetzt, selber in der Opposition, scheinen alle guten Vorsätze vergessen und „Hartal“ ein legitimes Mittel für die AL zu sein, während die jetzige Regierung die Gegenargumente der ehemaligen Regierung aufgreift.

Auch auf der Ebene der Straßenkriminalität und des Terrorismus kann von einer „Wende“ nicht die Rede sein.

Großangelegte Aktionen, wie die Razzia auf dem Campus der Universität Dhaka Mitte Februar gerieten – im Gegenteil – in scharfe Kritik:

Mindestens 85 Personen wurden bei dieser mit gewalttätiger Schärfe durchgeführten Aktion verhaftet, ohne dass nur ein einziger Kopf der auf der Fahndungsliste geführten Terroristen gefasst wurde. Internationale Medien, wie die BBC berichteten von Menschenrechtsverletzungen und polizeilicher Willkür bei der Festnahme unschuldiger Studenten.

Aus für den Privatsender E TV in Bangladesh?

Im Streit um die Lizenz von Ekushey TV (ETV) urteilte das bengalische oberste Gericht Ende März, das die Übertragung von Fernsehprogramme auf einer illegal vergebenen Lizenz beruhen.

Nun hat ETV 10 Tage, bis zum 6. April Zeit, um Berufung einzulegen, anderenfalls muss der Sender die Übertragungen stoppen.

ETV, seit April 2000 auf Sendung, ist nominell der einzige unabhängige Fernsehsender in Bangladesh. Kritiker werfen ihn jedoch vor, politisch mit der Oppositionspartei Awami-League zu sympathisieren.

Ausgangspunkt für die gerichtlichen Vorwürfe ist das Fehlen von Transparenz im Verfahren der Lizenzvergabe durch die ehemalige Awami Regierung. Die dem Gericht vorgelegten Papiere würden nicht erklären wie und auf welcher Basis ETV bei der Vergabe ausgewählt worden sei, so ein Sprecher des Gerichtes.

Selbstjustiz: Alltag in Bangladesh

Am 28. Januar 2002 wurden drei mutmaßliche Taschendiebe in Dhaka von einer Menschenmenge gelyncht und anschließend verbrannt. Die drei sollen einen Geschäftsmann bestohlen haben. Als sie mit einem Motorrad flüchten wollten, wurden sie von einigen Passanten aufgehalten. Die drei Männer schossen um sich und verletzten den Bestohlenen.

Im Januar wurde ein anderer Fall bekannt, als Buspassagiere und Dorfbewohner in Keranignj (östlich von Dhaka) sechs Wegelagerer töteten. Die Männer hatten angeblich einem Bus in Keraniganj aufgelauert, um ihn auszurauben. Sie wurden überwältigt, geschlagen und gehängt. Allein im November und Dezember wurden 31 Fälle von Lynchjustiz bekannt. Das Innenministerium kommentierte die Vorfälle und wies darauf hin, dass wegen der hohen Anzahl an Raubüberfällen Akte der Selbstjustiz in Bangladesh an der Tagesordnung seien.

Wende im Grenzkonflikt zwischen Indien und Bangladesh?

Am 23. März fanden in Dhaka die ersten offiziellen Gespräche zum Grenzkonflikt zwischen Indien und Bangladesh zweiseitig April letzten Jahres statt. Damals erreichten die bewaffneten Auseinandersetzungen ihren traurigen Höhepunkt: 16 indische und 3 bangladeschische Soldaten waren getötet worden.

Offiziell spricht Bangladesh von 60 im Grenzgebiet zu Indien getöteten Zivilisten allein letzten Jahres. Indien hingegen betont, dass die Opfer Schmuggler und kriminelle Elemente seien, gegen die sich der Staat wehren müsse.

Eine besondere Problematik stellen die Enklaven Bangladeshs dar, die fast vollständig vom Mutterland abgeschnitten sind und so die Transitbestimmungen in Indien für Bangladeshis eine besondere Schärfe geben. Schmuggel und politisch aufgeladene gegenseitige Beschuldigung, die jeweils andere Seite würde terroristischen Elementen als Unterschlupf dienen, heizten den Konflikt in der Vergangenheit an.

Bei den neuen dreitägigen Gesprächen in Dhaka zeichnet sich nun eine Wende ab: Es wurde vereinbart, gemeinsame Grenzpatrouillen durchzuführen und regelmäßige Treffen zwischen den Feldkommandeuren zu organisieren. Anfang März war es noch zu mehrstündigen Schießereien zwischen indischen und bangladeschischen Patrouillen gekommen.

Schlußlicht bei der Nutzung von Informationstechnologien

Nach einer am 3. Februar 2002 auf dem Weltwirtschaftsforum vorgestellten Studie der Harvard Universität, die die Fähigkeit der Staaten untersuchte, sich moderne Informationstechnologien für das wirtschaftliche Wachstum zunutze zu machen, bilden Bangladesh mit Vietnam und Nigeria die Schlusslichter. An der Spitze stehen demnach die USA und die skandinavischen Länder; Deutschland findet sich hier nur im Mittelfeld wieder.

Säureopfer demonstrierten am Weltfrauentag

Anfang März am Weltfrauentag demonstrierten in Dhaka mehr als 100 Frauen, die Opfer von Säureattentate geworden sind. Mit ihnen zogen 2000 Männer, die die Forderung der Frauen nach mehr Schutz unterstützten. Organisiert worden war die Veranstaltung von der „Acid Survivors Foundation“, die sich seit 1999 für die Opfer einsetzt und sowohl mit der Regierung, als auch mit NGOs zusammenarbeitet.

Allein 2001 wurden 338 Personen Opfer von Säureattentate. Die Dunkelziffer mag ungleich höher sein. Die Zahl der Opfer steigt von Jahr zu Jahr.

Betroffen sind vor allem Frauen, doch sind mittlerweile auch Fälle von Säureattentate auf Männer und Kinder bekannt geworden.

Textilexporte brechen dramatisch ein

Im Zuge der weltweiten Rezession nach dem 11. September sind die bangladeschischen Textilexporte dramatisch zurückgegangen. Die Zeitung „Junge Welt“ berichtete am 7. Januar, dass fast ein Drittel aller Fabriken in Dhaka und Chittagong bereits bankrott gegangen seien und rund 300.000 Beschäftigte arbeitslos wurden. Doch dies ist laut Wirtschaftsexperten erst der Beginn einer noch schlimmeren Entwicklung: Die Textilbranche ist in Bangladesh der wichtigste Arbeitgeber und erwirtschaftet 75 Prozent der Deviseneinnahmen des Landes. Vom Wohlergehen der Branche hängen zehn Millionen Menschen direkt oder indirekt ab. Doch schon vor dem 11. September begann der Exporteinbruch der Textilindustrie. Denn ihr wichtigster Handelspartner, die USA, verabschiedeten am 18. Mai 2000 den „Trade Development Act“, ein Gesetz, das 72 karibischen und afrikanischen Staaten den bevorzugten Zugang zum US-Markt erlaubt und als besondere entwicklungspolitische Maßnahme durch die Clinton-Administration erlassen wurde. Bangladesh profitiert jedoch nicht von diesem Gesetz: Die Exportmöglichkeiten für die Textilindustrie haben sich eher ver-

schlechtern. Vertreter der Textilindustrie Bangladeschs versuchen nun, ebenso wie die afrikanischen und karibischen Staaten Handelserleichterungen der USA zu erreichen. So begleiteten Branchenunternehmer den bangladeschischen Handelsminister nach Washington, um dort für den steuer- und quotenfreien Zugang ihrer Erzeugnisse zu werben.

Siehe auch: http://clinton4.nara.gov/WH/New/html/20000531_10.html und <http://www.jungewelt.de/2002/01-07/006.php>

Landlosenbewegung unter Druck

In einer Pressemitteilung vom 22. Januar 2002 weist das BPSC (Bangladesh People's Solidarity Centre) mit Sitz in Amsterdam auf zunehmende Menschenrechtsverletzungen in Bangladesh hin. So wurde eine friedliche Demonstration Tausender landloser Bauern an Bangladeschs Küste von Polizeikräften brutal angegriffen. Die Polizei wollte eine friedliche Besetzung von brachliegenden Ackerflächen durch die Demonstranten verhindern. Resultat der Polizeiangriffe waren 50 Verletzte und ca. 150 Festnahmen. Veranstaltet wurden die Proteste von der Krishok Federation (einer Organisation für Landlose) und der Vereinigung landloser Frauen Kisan Sabha. Ziel beider Organisationen ist die tatsächliche Umsetzung staatlicher Regelungen zur Landreform. Die lokalen Verwaltungen allerdings haben Belohnungen für diejenigen ausgesetzt, die die Führer der Landlosenbewegung ausliefern. Diese massive Beschneidung von Menschenrechten unter der neuen Regierung hat allerdings auch international für Aufsehen gesorgt. So sprach sich die Europäische Union im Jahr 2001 in einer Resolution zur Entwicklungsarbeit mit Bangladesh ausdrücklich dafür aus, dass jeder Bauer und jede Bäuerin in Bangladesh einen Morgen Land als Erfüllung der vor längerem gemachten Regierungsversprechen erhält. Bereits früher haben viele Menschenrechtsorganisationen in Bangladesh die Regierung aufgefordert, nicht gegen die friedlichen Demonstrationen der Landlosen vorzugehen. Schon 1997 wandte sich die bekannte Schriftstellerin Susan

George gemeinsam mit anderen feministischen Autorinnen und 4 Mitgliedern des EU-Parlamentes an die Ministerpräsidentin in Bangladesh, um auf die Situation der Landlosen aufmerksam zu machen.

Regierung plant stärkere Regulierung der NGOs

Die Regierung Bangladeschs plant eine neue Politik gegenüber NGOs. Ziel ist es, die Nichtregierungsorganisationen stärker unter ihre Kontrolle zu bringen. Die NGOs befürchten einen Rückgang der Zuwendungen als Reaktion auf diese Ankündigung und negative Auswirkungen auf die developmentpolitischen Aktivitäten im ganzen Land. Die Regierung hat bereits damit begonnen, besonders diejenigen NGO stärker zu beobachten, die sich um Demokratisierung, den Aufbau einer Zivilgesellschaft und Durchsetzung von Frauen- und Menschenrechten bemühen.

In Reaktion auf die Regierungspläne haben Führer der wichtigsten NGOs in Bangladesh der Regierung versichert, sich von der Parteipolitik zurückzuhalten und nur als Entwicklungspartner für den ökonomischen Aufschwung des Landes zu arbeiten. Diese Ankündigung wurde nach einem Treffen führender NGO-Vertreter mit Premierministerin Khaleda Zia vor dem Hintergrund der angekündigten härteren Politik gegenüber NGOs verlautbart. Zia selbst sagte bei diesem Treffen, daß die veränderte Politik das Ziel habe, von den NGOs mehr Transparenz und Rechenschaft über ihre Aktivitäten zu erhalten. Zia versprach die Einbeziehung der wichtigsten NGO-Vertreter in die Formulierung neuer Gesetze und Regeln. Die Ministerin lobte die NGOs für ihre Entwicklungsaktivitäten, wies aber auch darauf hin, dass sich manche NGO zu stark in parteipolitische Angelegenheiten eingemischt hätten. Zwar sollen die NGO-Aktivitäten stärker überprüft werden, zugleich will die Regierung jedoch nicht in die Arbeit der NGOs eingreifen und weiterhin mit ihnen bei Bildungs- und Einkommensprogrammen zusammenarbeiten. Die NGO-Führer gaben bei dem Treffen zu, dass einige NGO parteiisch für die Awami League gearbeitet hätten,

um sie weiterhin im Amt zu sehen. Man wolle sich nun darauf konzentrieren, als developmentpolitische Partner der Regierung zu agieren. Zurzeit beobachtet das Büro für NGO-Angelegenheiten die Aktivitäten von 18 wichtigen Nichtregierungsorganisationen, nachdem der NGO-Dachverband ADAB (Association of Development Agencies in Bangladesh) in einem Brief an Unterstützer-Organisationen im Ausland über die repressive NGO-Haltung der neuen Regierung berichtet hatten.

Siamesische Zwillinge in Bangladesh getrennt

Medizinern in Bangladesh ist erstmals die erfolgreiche Trennung von siamesischen Zwillingen gelungen. Sechs Ärzte hätten die beiden Mädchen Alif und Mim in einer zehnstündigen Operation getrennt. teilte das Kinderkrankenhaus in der Hauptstadt Dhaka mit. Die Mädchen waren den Angaben zufolge am 24. Januar 2002 zur Welt gekommen und an den Bäuchen zusammengewachsen.

Die Meldungen zu Bangladesh wurden in Zusammenarbeit mit der Publikation „Netz Bangladesh“ erstellt. Bestellt werden kann die Zeitschrift bei NETZ, Moritz-Hensoldt-Str. 20, 35576 Wetzlar oder via E-Mail unter der Adresse netz_bangladesh@t-online.de. Die beiden Autoren sind Mitarbeiter von NETZ.